

*Ein Staatsmann muß oft gegen die Sehnsüchte der Nation handeln.
(Adenauer hat da nie gezögert.)*

Gerd Bucerius

Europa – ein langer Weg

Europa ist in Bewegung. Wir wohnen einer geradezu schwindelerregenden Entwicklung bei. Im Westen nähert sich die Europäische Gemeinschaft der Vollendung des Gemeinsamen Marktes mit voller Freizügigkeit im Güter- und Dienstleistungsaustausch und freiem Niederlassungsrecht für Bürger der Gemeinschaft in den Ländern der Gemeinschaft. Eine Europäische Währungsunion ist nicht mehr in aussichtsloser Ferne. Die davon ausgehende Veränderungsdynamik wird bis in die östlichen Wettbewerbsverhältnisse hinein spürbar werden. Im Osten zeichnen sich Veränderungen ab, von denen die meisten noch vor wenigen Jahren nicht einmal träumten. Zu sehr hatte man sich gegen alle geschichtliche Erfahrung an die vermeintliche Unabänderlichkeit von Blöcken und Systemen gewöhnt. Noch möchte niemand wetten, wie weit die Reformprozesse in Polen, in Ungarn, in der Sowjetunion sich behaupten und durchsetzen oder ob alte Widerstände und Spannungen wieder zerstören, was gegenwärtig mutig und mühsam in die Wege geleitet wird. Alles kann passieren, meinte unser polnischer Gesprächspartner im letzten Heft. Aber zum erstenmal seit Kriegsende gibt es reale Hoffnungen, daß West und Ost sich tatsächlich unter einem „gemeinsamen europäischen Dach“ zusammenfinden können, ohne gewaltsam durch Blockgrenzen und Sicherheitslinien getrennt zu sein.

Viele der Entwicklungen in Richtung auf ein Gesamteuropa weisen freilich erst noch in eine ferne Zukunft: Die militärische und politische Entspannung zwischen Ost und West hat eben erst begonnen; das Geschäft der Abrüstung ist mühsam. Die Gegensätze bleiben, und es zeigt sich, daß die wirtschaftlichen noch größer und schwerer zu überwinden sind und längere Angleichungsfristen brauchen als die politischen. Ungewiß, ja nicht einmal in Umrissen erkennbar ist eine möglich künftige Gestalt Europas und unklar dessen Rolle zwischen den Supermächten. Aber immerhin, während das EG-Europa als Wirtschaftsraum zusammenwächst, öffnet sich wenigstens einen Spaltbreit der Blick auf ein größeres, auf Ge-

samteuropa. Aber welches Europa wollen die Europäer? Und wollen sie überhaupt Europa, genauer: wollen sie wirklich *Europäer* werden? Sind die Staaten dazu bereit und sind es die Menschen? Die Frage muß gestellt werden, denn die Situation ist äußerst zwiespältig und voller Gegenläufigkeiten.

Die Europawahlen machen skeptisch

Zwiespältig wirkten allein schon die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni dieses Jahres. Wer Ergebnisse und Umstände dieser Wahl in Augenschein nimmt, sichtet wenig „Europäisches“. Die Wahlbeteiligung lag im Durchschnitt der Mitgliedsländer der Gemeinschaft mit 58,5 Prozent gegenüber 1984 mit 61 Prozent noch um einiges niedriger. Hoch war sie nur in Ländern mit Wahlpflicht oder in solchen, in denen gleichzeitig Wahlen zu den nationalen Parlamenten stattfanden. Vielen „Europäern“ war die Europäische Gemeinschaft keinen Urnengang wert, besonders nicht, obwohl die Wahlbeteiligung dort etwas anstieg, den Briten.

Daß ausgerechnet in der Bundesrepublik die Wahlbeteiligung gegenüber 1984 um einige Prozentpunkte höher war (1984: 56,8; 1989: 61,5), verschönert das Bild zwar, macht es aber kaum europafreundlicher. Denn nicht nur hierzulande ist allseits von wachsender Europaskepsis die Rede. Die Wahlauseinandersetzung war wenig bzw. überhaupt nicht „europäisch“ geprägt, der Europa-Wahlkampf überall fast völlig von nationalen Themen bestimmt. Man verstand die Wahl als Kräfteressen, das Auskunft geben sollte über das Stärkeverhältnis der Parteien im jeweiligen Lande, insbesondere über den Zuspruch für neue oder neuere Formationen und über die Ausgangspositionen der großen Parteien für die kommenden Landtags- und die nächsten Bundestagswahlen. Und speziell die bundesrepublikanische politische Konjunktur richtete es so, daß bei der Juni-Wahl mehr über das Schicksal eines deutschen Kanzlers als über europäische Politik entschieden wurde.

Auf solche Weise wird Europa eher *für nationale Zwecke instrumentalisiert* als auf dem eigenen Wege vorangebracht. Man kann sich sogar fragen, ob ein so gewähltes Parlament ein Stückweit unabhängig vom Ausbau seiner Kompetenzen gegenüber dem Ministerrat und der Europäischen Kommission in Brüssel überhaupt ein geeignetes Instrument ist, um europäisches Bewußtsein zu fördern und Menschen in Europa übernational zusammenzuführen. Die Volkswahl des Parlaments könnte belebend wirken, wenn wirklich in Richtung europäischer Staatlichkeit gedacht würde. Als Wahl eines Beratungs-, Kontroll- und Vorschlagsorgans mit sehr begrenzten Zuständigkeiten wirken die Europawahlen eher demotivierend. Zumindest müßte, um der Volkswahl einige Dynamik zu geben, ein für die Europawahl gemeinsames Wahlrecht mit gesamteuropäischen Listen eingeführt werden. Und auch ein gewisser Mindeststandard an parlamentarischer Präsenz in Straßburg müßte Norm werden. In einzelnen EG-Ländern ist es immer noch üblich, daß Spitzenpolitiker zum Zweck des Popularitätstests für Straßburg kandidieren, ohne das Mandat dann anzunehmen. Oder sie nehmen es an und nehmen es nicht wahr. Eine parteipolitische Instrumentalisierung zu nationalen Zwecken auch das.

Seltsame Widersprüche machen sich breit

Zwiespältiges zeigt sich neben der politischen und durch diese mitbedingt auch in der *psychologischen* Annäherung an Europa. Ein seltsamer, wenn auch erklärbarer Widerspruch macht sich breit: Je näher Europa auf den Leib rückt und je stärker in einem Land die beabsichtigten und die voraussehbaren Wirkungen des gemeinsamen Marktes auf die eigene Lebensart reflektiert werden, um so geringer erscheint die Neigung, den Schritt auf dem Weg nach Europa zu beschleunigen, und um so stärker werden die Zweifel, ob es überhaupt zumutbar ist, den Weg weiterzugehen. In der Bundesrepublik wird das besonders spürbar. Aber es gilt auch für Europa insgesamt. Nirgendwo sind Europäer mehr „Kulturheuchler“, als wo es um Europa geht.

Da mögen Großtechniken übernational integrierte Programme erzwingen und großräumige Arbeitsteilung notwendig machen. Und Unternehmen mögen sich längst auf den Produktions- und Marktplatz Europa eingestellt haben. Wenn Anpassungsdruck entsteht, wenn die Konkurrenz schärfer wird, wenn Umstellungen abverlangt werden, wenn um die landeseigenen Standards im Arbeitsrecht, in Mitbestimmungsfragen, im Bereich der sozialen Sicherheit gebangt wird, hilft alle Einsicht in die wirtschaftlichen Vorteile nichts. Und so gerne man sich selbst grenzüberschreitend sieht als Tourist im Urlaub und sonst auch und so sehr man englische Contenance und Fairness, französisches *savoir vivre* und italienische Küche zu schätzen weiß: das Europa im eigenen Lande möchte man dann eigentlich doch nicht und selbstverständlich nicht einmal einen Anflug von multikultureller

Gesellschaft. Den Ausländer – ob Europäer oder nicht – als Konkurrenten am eigenen Arbeitsplatz, gar als Eröffner einer Arztpraxis oder eines Friseurgeschäfts nebenan, das erscheint vielen wenig lebensfreundlich. In Dienstleistungsbereichen, wo es keine oder wenig einheimische Bewerber gibt, ja. Aber die Chancen insgesamt einfach so mischen, das bitte doch nicht. Eine das Grundgesetz entschärfende Anpassung des Asylrechts an europäisches Niveau ist einem selbstverständlich recht. Aber sonst?

Seltsame Urängste und alteingefleischte Vorurteile drängen sich da vor nicht nur gegen Flüchtlinge aus Sri Lanka oder dem Sudan, sondern gegen alle Fremden, von denen angeblich Überfremdung droht überhaupt. Da können sogar jahrelang in der Bundesrepublik ansässige und sprachlich integrierte Griechen oder Italiener – Türken ohnehin – wunderliche Probleme bei der Wohnungssuche bekommen. Und: Überfremdungsangst kennt zwar im deutschen Sprachraum besondere Zuspitzungen, aber sie ist ein gesamteuropäisches Problem und wird mit der Verwirklichung des gemeinsamen Marktes noch stärker spürbar werden: als Widerstreben gegen eine verstärkte europäische bzw. EG-Binnenwanderung. Da ist es verständlich, daß gegenwärtig die Europeanigung im Süden stärker ausgeprägt ist als im Norden, z. B. in Italien, das gegenwärtig als das europafreundlichste Land in der EG überhaupt erscheint.

Zwiespältiges wird auch von „Europäern“ produziert – hierzulande, aber auch anderswo –, die, kaum daß die EG als Teileuropa unter wirtschaftlichen Vorzeichen Gestalt annimmt, den Zeigefinger heben und auf die EG-Außenverpflichtungen verweisen. Natürlich hat das EG-Europa als starke Wirtschaftsmacht zusammen mit der westlichen Supermacht USA große Verpflichtungen gegenüber der Dritten Welt, und natürlich darf es kein Instrument wirtschaftlicher Beherrschung oder ein Hort des Protektionismus und der Abschottung der eigenen Märkte gegen einen möglichst freien Weltmarkt und speziell auf Kosten von Entwicklungsländern werden. Und natürlich hat EG-Europa eine hohe Verantwortung gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung im bisher kommunistischen, aber in einem krisenschweren Wandel begriffenen Osten.

Ein schwaches Europa, das viel leisten soll?

Beide Zielsetzungen könnten und müssen auch noch mehr in den europäischen Einigungsprozeß selbst eingehen. Aber es braucht nicht nur ein der Dritten Welt gegenüber offenes, sondern auch einiges Europa, damit Hilfestellung für die Dritte Welt daraus werden kann. Von manchen „Europäern“ mit den Dritte-Welt-Zeigefingern hat man den Eindruck, sie möchten ein schwaches Europa mit starken Verpflichtungen, weil ihnen ein starkes EG-Europa von vornherein als Instrument kapitalistischer Übermächtigung suspekt erscheint. Wieweit geht es da um berechnete Sorgen und wieweit um Vorwände? Wird auf dieser Linie Europa als zur politischen Gemeinschaft zusammenwachsender Wirtschaftsraum überhaupt gewollt?

Zu einem ähnlichen Urteil verleiten manche Stimmen und Stimmungen, die die gegenwärtigen Entwicklungen im östlichen Europa als *Platzvorteil für gesamteuropäische Träume* nützen. Natürlich ist EG-Europa nicht Europa. Und natürlich trägt das Zustandekommen der ursprünglichen, heute auf die 12 erweiterten Sechsergemeinschaft alle Züge europäischer Nachkriegsanomalien. Was nicht als einheitlicher, aber als europäisch-pluraler Lebens- und Kulturraum zusammengehört, ist durch Ideologie, Militärbündnisse und politische Blöcke auseinandergerissen worden: Prag oder Krakau sind nicht weniger europäisch als Oslo oder Neapel, und die Hanse schon reichte bekanntlich bis weit in den russischen Teil der heutigen Sowjetunion hinein. Und die neutralen Länder in der Mitte Europas – auch die Schweiz, so schwer es ihr fallen mag – gehören zu einem zur politischen Gemeinschaft zusammenwachsenden Europa.

Natürlich verschieben sich mit dem Wandel im Osten völlig die Perspektiven, kann zum erstenmal an die Auflösung der Nachkriegsblockbildung und an eine wirkliche europäische Friedensordnung ohne Schießbefehl und Stacheldraht und damit an eine großräumig europäische politische Gemeinschaft mit geographisch vertretbarer Umschreibung gedacht werden. Und natürlich wollen Polen, Tschechen, Slowenen, Ungarn in diesen gemeinsamen Raum freier Völker zurück, aus dem sie gewaltsam verdrängt worden sind, und müssen in ihnen ihren natürlichen Platz einnehmen. Nur angesichts mancher Stimmen und Stimmungen entsteht der Eindruck, man wolle den zweiten Schritt in Richtung Großeuropa vor dem ersten *oder anstatt* des ersten, des EG-Europa tun; oder dieses werde angesichts der neuen Perspektiven für überflüssig oder gar für ein Hindernis für das größere Europa gehalten. Es sieht fast so aus, als solle unter dem prospektierten „gemeinsamen Dach“ nicht eigentlich ein sich einiges Europa entstehen, sondern das Dach nur ein wackeliges Konföderationsgerüst bedecken. Auch da gilt: Selbstverständlich ist das EG-Europa nicht nur in seiner Brüsseler Bürokratie ein unansehnliches Provisorium und nicht in jeder Beziehung Modell für ein in Freiheit sich politisch neu organisierendes Gesamteuropa. Aber ein starkes EG-Europa ist der Entwicklung im Osten förderlicher als ein politisch bei der Wahrnehmung von Gemeinschaftsaufgaben kaum handlungsfähiges. Die gewaltsame Trennung in Ost und West hat zudem Fakten geschaffen, die nur eine sehr mühsame Annäherung in einer noch durch und durch unsicheren Situation erlauben. Die Systemgegensätze werden noch lange ihre Bremsspuren ziehen.

Überlagert die deutsche Frage schon wieder die europäische?

Aber es gibt nicht nur Zwiespältiges in der in neue Dimensionen vorrückenden europäischen Frage. Es gibt auch Gegenläufigkeiten – *psychologische* zumal – und Rückzugserscheinungen. Sie erschöpfen sich keineswegs in einer an nationalistischen und fremdenfeindlichen Res-

sentiments sich hochrankenden neuen Rechten. Entscheidend ist wohl ein sich ausbreitendes Bedürfnis nach überschaubaren Räumen und Verhältnissen. Volkliche Minderheiten verlangen nach und kämpfen um mehr Eigenständigkeit. Auch die kleinste Volksgruppe dringt auf die Pflege der eigenen Sprache und Kultur, eine Reaktion zunächst auf die Gefahr der Einschmelzung von Minderheiten in vereinheitlichende Zivilisationsprozesse. Die Entwicklung wurde zunächst durch die Öffnung auf den Großraum Europa gefördert, und zugleich wurden damit Hoffnungen auf Europa geweckt. Europa sollte ja der minderheitenfreundliche Großraum sein, in dem die kleinen Volksgruppen Schutz vor Überfremdung durch das sie beherrschende Staatsvolk finden. Aber mit dem Rückzug auf das Kleinräumige, Vertraute, ja Eigenbrötlerische verflacht der Sinn für den kulturellen Großraum Europa wieder.

Also Besinnung auf das Nationale und Rückzug in das Kleinräumige zugleich? Wird daraus trotz aller im Grundsatz europafreundlichen Rhetorik noch einmal zur Flucht aus Europa? Es gibt wohl keine einheitliche Tendenz, sondern eher widersprüchliche, vielfach einander neutralisierende Haltungen. Das 19. Jahrhundert kehrt nicht zurück, insofern ist der Weg nach Europa endgültig beschritten, auch wenn die Durchschnittsbevölkerung selbst im EG-Europa so lebt, als ob die Welt trotz „planetarischer Kommunikationsgesellschaft“ an den Grenzen der eigenen Sprache und des eigenen Landes, wenn nicht am eigenen Lebensraum endete.

Und es gibt im Blick auf Zentraleuropa und im Vorblick auf Gesamteuropa *politische* Gegenläufigkeiten. Vor allem zwei. Die erste ist zuvorderst ein Problem der Deutschen, trifft und betrifft aber Europa insgesamt. Es ist die *deutsche Frage*, und es ist bemerkenswert, wie vehement und rasch, kaum, daß wirkliche Entspannung zwischen Ost und West möglich wird, kaum, daß die Phantasie sich eines demokratischen Europa über die Blöcke hinweg bemächtigt, diese wieder Köpfe und Sinne bewegt. Dagegen kann aus europäischer Sicht zwar zunächst nichts eingewandt werden. Die unnatürliche Grenze an Elbe und Werra und mitten durch Berlin spaltet ja nicht nur Deutschland, sondern Europa. Insofern ist es natürlich, daß sich mit dem Veränderungsprozeß in Osteuropa und der Ost-West-Entspannung auch die Frage nach der politischen Einheit der Deutschen wieder in den Vordergrund schiebt. Folgerichtig beteiligen sich gegenwärtig an der Diskussion über sie nicht nur Deutsche, sondern Franzosen, Amerikaner, Russen, Polen, äußern sich viele über Aussichten und mögliche Folgen einer staatlichen Wiedervereinigung, artikulieren Sympathien, spontane, diplomatische und verstellte und kaum zu unterdrückende Befürchtungen.

Die gegenwärtige Misere der SED-Führung, die den Anschluß an die Gorbatschowschen Reformen nicht findet, weil sie an die eigene *Staatsraison* rühren, während eine ganze Generation nach innen oder nach außen abwandert, befördert die deutsche Frage zusätzlich. Sie erregt

aber nicht nur Befürchtungen dort und nationale Hoffnungen hier, sondern die national-konservativen und nationalistischen Phantasien derer, die sich von der deutschen Nationalstaatsidee nie wirklich getrennt haben, und für die Europa nie wirklich Lebensraum, auch nie „Ersatzheimat“ war. Es kann sogar sein, daß die Verdrängung der Frage nach der nationalen Identität durch das Blockdenken in der Phase der Öffnung der Blöcke mit neuer Emphase ausbricht – zum Schaden europäischer Einigung und letztlich zum Schaden einer vernünftigen Lösung der deutschen Frage selbst.

Der Eifer, mit dem wieder mehr über die Einheit als über die Freiheit aller Deutschen geredet wird, als ob letztere nicht vor ersterer ginge und die wirklich sehr künstliche Grenzdiskussion in einem Augenblick, in dem Deutsche und Polen zum erstenmal die Chance einer realen Verständigung und Versöhnung von Volk zu Volk haben, ist höchst eigenartig. Deutsche gefährden den europäischen Einigungsprozeß nur dann nicht, wenn sie den Realismus aufbringen, die Lösung der deutschen Frage nicht vom Beginn einer gesamteuropäischen Wiederannäherung, sondern von deren *Abschluß* zu erwarten.

Eine zweite Gegenläufigkeit könnte sich aus der *Entsowjetisierung Osteuropas*, aus dem jetzt in Osteuropa hoffnungsvoll einsetzenden Reformprozessen entwickeln. Sie kann sich sogar dann einstellen, wenn das von Gorbatschow in Gang gesetzte Reformwerk nicht an innersowjetischen Widersprüchen scheitert. Schon jetzt ist überdeutlich: Nationale Ausbrüche „passieren“ um so elementarer, je länger sie durch den „demokratischen Zentralismus“ sowjetischer Prägung gewaltsam unter dem Deckel gehalten wurden. Selbst wenn die Entsowjetisierung Osteuropas vor allem der Sowjetunion selbst friedlich vor sich geht, ist offen, was an deren Ende steht: ein Zusammengehen in einem gemeinsamen Haus europäischer Völker oder ein neu sich zerfleischender Nationalismus großer und kleiner Nationen. Noch einmal: Das 19. Jahrhundert kehrt nicht wieder; aber durch nichts werden Nationalismen gründlicher konserviert als durch gewaltsame Unterdrückung nationaler Minderheiten, durch gezielte Überfremdung und künstliche Spaltung von Völkern. Sobald sie können, schaffen sie sich Luft über die Grenzen hinweg und in der Regel mehr als das.

Eine seelsorgerliche Aufgabe

All diese Zwiespälte und Gegenläufigkeiten gibt es – natürlicherweise, möchte man hinzufügen; denn Europa hat zwar vom Atlantik bis zum Ural, vom Nordkap bis Sizilien eine gemeinsame Geschichte als Produzent von Kultur, von Wissenschaft und technischem Fortschritt, ist vom Christentum als Glaubensmacht und von der Aufklärung in seinem Selbstverständnis und in seinem Freiheitsbewußtsein geprägt. Und es hat, da die Ergebnisse seiner Geschichte mit all ihren Widersprüchen in seiner Wirkung weltweit geworden sind, eine besondere Verantwortung für das Schicksal der Völker, auch noch in einer

Geschichtszeit, wo sich die politischen Gewichte von ihm weg verlagert haben und es seinen Platz zwischen den Weltmächten in West und Ost erst noch finden muß. Aber die gemeinsame Geschichte Europas war mehr Schicksalsgeschichte als von einem gemeinsamen Willen seiner Völker getragene und gestaltete Freiheitsgeschichte – häufig genug ertränkt in Blut und Tränen. Europas Kultur ist bis heute von sehr spannungsvoller Vielfalt, die Lebensbedingungen und Lebensstile seiner Völker haben sich nur in Grenzen einander angenähert. Der Dreiklang – Heimat, Nation, Europa – beschworen in diesen Tagen vom deutschen Bundeskanzler – ist keine sich selbst verwirklichende Harmonie. Keine europäische Rhetorik kann über die tief liegenden Widersprüche und ererbten regionalen Feindschaften hinweghelfen. Man braucht dazu nicht nach Armenien oder Aserbaidschan sehen; es genügt ein Blick auf Nordirland oder das Baskenland. Viel Versöhnungsarbeit wird auch nötig sein, damit in einer Zeit, in der sich die Völker Gesamteuropas wieder freier aufeinander zu bewegen und sich aus erstarrten Ideologien und Blöcken lösen, nicht die alten Feindschaften wieder aufbrechen, in Mitteleuropa nicht anders als im Osten. Um zu ermessen, wieviel Überzeugungsarbeit da noch vor uns liegt, sei hier nur auf die Stapel gehässiger Briefe verwiesen, die die deutschen Unterzeichner der Erklärung deutscher und polnischer Katholiken zum 1. September erhalten haben. Und es wird heftiger Anstrengungen bedürfen, damit in Europa die Vielfalt von Menschen, Sprachen und Lebensweisen *als Realität im je eigenen Land* akzeptiert wird.

Es muß kein Schaden sein, wenn die Wirtschaft und unsere technischen Kommunikationssysteme der eigentliche Motor des Zusammenwachsens sind. Ohne diesen Motor aus seinen kulturellen Kräften wäre europäische Einigung gar nicht denkbar. Es wird aber Problem und Aufgabe des nächsten Jahrzehnts sein, daß unter dem Zwang zu gesamteuropäischer Vernetzung und Verflechtung die Seelen in Richtung Europa mitkommen. Das Ziel dabei kann im Blick jetzt auf das EG-Europa und dann auf Gesamteuropa sicher kein Einheitseuropa sein, sondern ein Europa der Völker, Regionen und Kulturen. Aber was immer einmal seine Gestalt sein wird – ein politisch-föderiertes Gesamt-Europa oder ein Europa mit einer politischen Union in seinem Kern, umgeben von einer gesamteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft: Deutsche, Franzosen, Italiener, Polen werden dann auch in ihren eigenen Ländern nur noch *als Europäer* und nicht als Deutsche oder Franzosen bloß in einem europäischen Rahmen leben können. Die Völker, Regionen und Staaten werden zwar bleiben, aber ihre Bewohner werden auch im eigenen Lande neben und mit Europäern anderer Länder leben und leben müssen. *Die europäischen Länder selbst also werden sich europäisieren.* In diesem Prozeß mitzuhelfen, daß die Seelen dabei mitkommen, ist herausragende Aufgabe der christlichen Kirchen. Daran vor allem wird *ih*r Beitrag zur europäischen Einigung gemessen werden. – Es ist eine im ursprünglichsten Sinne seelsorgerliche Aufgabe.

David Seeber